

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Nr. 27.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro Spaltenzeile oder deren Raum 25, für Jahrg. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 4. Juli 1908.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in **Nürnberg, Wolgast, Thale und Stettin.**
An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in **Mannheim, Dangelshelm, Güstrow und München.**
Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Das Arbeiterparlament.

Vom 6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands kann man mit Zug sagen: er hat sich seinen Vorgängern würdig an die Seite gestellt. Mit Recht konstatierte der Vorsitzende Bömelburg am Schlusse des Kongresses, daß selten ein Kongress fruchtige Fragen so sachlich behandelt und eine äußerst reichhaltige und wichtige Tagesordnung in so kurzer Zeit erledigt habe. Selbst Fragen, über welche die Meinungen sehr weit auseinandergehen, wie Maifeier, Boykott, Grenzstreitigkeiten usw., wurden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit erfreulicher Sachlichkeit behandelt.

Die Tagesordnung wurde vom Kongress insofern abgeändert, daß die Maifeier als besonderer Punkt beraten und die Punkte 8 und 10, Grenzstreitigkeiten und die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, an die 4. und 5. Stelle gerückt wurden. Weiter wurden sofort sämtliche, zum Punkt Grenzstreitigkeiten eingelaufenen Anträge der Redaktionskommission überwiesen, mit dem Auftrage, dem Kongress eine Resolution zu unterbreiten, in der die eingegangenen Anträge nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Den Rechenschaftsbericht der General-Kommission erstattete Legien. Er erläuterte kurz den vorliegenden gedruckten Bericht. Im Anschluß daran nahm er Gelegenheit, gegen die Praktiken des preussischen Ministers, der mit den auf Drängen der Krantjuncker eingeführten Legitimationskarten für ausländische Arbeiter nicht nur die in der Landwirtschaft, sondern auch die in der Industrie beschäftigten Ausländer zu rechtlosen Sklaven des Kapitals machen will. Er verlas einige Schriftstücke, aus denen einwandfrei hervorging, daß die Legitimationskarten dazu dienen, den Inhabern den Wechsel der Arbeitsstelle zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Die Karten bedeuten also eine Beschränkung des Freizügigkeitsrechts auf Umwegen und verdienen somit die ernste Beachtung der gesamten Arbeiterschaft. Lebhafter Beifall des Kongresses begleitete die Erklärung des Genossen Legien: Wir verurteilen ein solches Verfahren, wir fordern, daß dieser kulturwidrige Erlaß beseitigt wird!

Den Kassenbericht erstattete Kube, den Bericht des Arbeiterinnensekretariats Ida Altmann. Der Plan einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung, der auf dem Verbandstage der Textilarbeiter, wie auch in einigen Parteiblättern bereits die gebührende „Entrüstung“ ausgelöst hat, führte zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Delegierten des Textilarbeiterverbandes und dem Vertreter der General-Kommission Umbreit. Erstere behaupteten, Umbreit habe ihnen ein Projekt der General-Kommission unterbreitet, und letzterer behauptete, er habe nur seiner persönlichen Ansicht Ausdruck gegeben. Sachlich förderte die Auseinandersetzung neues nicht zutage.

Ueber die Organisation der Dienstboten referierte Fräulein Grünberg. Sie schilderte an der Hand ihrer Erfahrungen die elende Lage der Dienstboten und begründete eine Resolution, die Einberufung einer Dienstbotenkonferenz fordert und die Kartelle zur Gründung von Dienstbotenvereinen veranlassen soll. Die Resolution wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Die Punkte Heimarbeiterschutz und Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber wurden durch Annahme zweier Resolutionen erledigt. Zum Punkt Heimarbeiterschutz ward noch ein Antrag angenommen, der den Beschluß des Kölner Kongresses wiederholt, nachdem die organisierten Arbeiter verpflichtet worden, ihre Frauen und Töchter, die in der Heimindustrie beschäftigt sind, den Organisationen zuzuführen.

Lebhafte Debatten zeitigte die Frage der Maifeier. Obwohl es sich bei der Beratung eigentlich nur um die Annahme oder Ablehnung der zwischen General-Kommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarung über die Aufbringung der Mittel zur Unterstützung der Maiausgesperrten handelte, wurde doch von einzelnen Rednern die ganze Frage der Maifeier aufgerollt. Cohen-Berlin, Massoth-Schuttgart, Metallarbeiter, und Kollege Köhler-Altenburg forderten Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai und fanden mit ihrer Forderung nur wenig Widerspruch. Die vorgelegte Vereinbarung, nach der die Mittel zur Unterstützung der Maiausgesperrten durch örtliche Beiträge von Partei und Gewerkschaften entsprechend der Zahl der Beteiligten aufge-

bracht werden sollen, wurde zwar vielfach bemängelt, schließlich aber doch gegen 22 Stimmen angenommen, da niemand brauchbare Vorschläge zur Veränderung machte. Einem Antrag der Metallarbeiter entsprechend ward die Generalkommission beauftragt, noch einmal mit dem Parteivorstand über eine andere Regelung der Unterstützungfrage zu beraten.

Ueber das Zentral-Arbeitersekretariat berichtete R. Schmidt-Berlin, über die Vertretung der Rechtssachenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten Lesche-Hamburg. Eine Resolution des letzteren, die für die Arbeiter das Zulassungsrecht bei den Gerichten fordert, ward angenommen.

Zum Punkt 4, Grenzstreitigkeiten, berichtete Simon, Schuhmacher, als Vorsitzender der gewählten Redaktionskommission. Die Kommission unterbreitete dem Kongress eine Resolution, die sich im wesentlichen mit der in der Vorstandskonferenz 1906 beschlossenen deckt. Die wichtigsten Änderungen waren: eine Bestimmung, daß Vereinbarungen über streitige Agitationsgebiete nicht mehr zwischen den örtlichen oder Gauvorständen, sondern zwischen den Zentralvorständen getroffen werden müssen; die weitere Forderung, daß in Zukunft nicht nur die unlautere Agitation unter Hinweis auf niedrigere Beiträge, sondern auch auf höhere Unterstützungen zu unterlassen ist; drittens wurde die Frist, in welcher ein Mitglied, das regelmäßig zu einem andern Berufe übergeht, zu der Organisation des Berufs übertreten muß, von 6 Wochen auf 3 Monate verlängert, und viertens ist die Bestimmung aufgehoben, nach der Arbeiter die in zwei Berufen arbeiten, in beiden organisiert sein müssen.

Die Debatte über den heißen Punkt Grenzstreit war zwar lebhaft, doch im allgemeinen sachlich; Vorwürfe gegen unsern Verband wurden, mit Ausnahme eines täppischen Versuchs, den der Gauleiter Hoffmann vom Verband der Porzellanarbeiter machte, und einer auf falschen Informationen beruhenden Bemerkung des Gauleiters Raith-München, Holzarbeiter, nicht erhoben. Ein Beweis, daß die Vertreter unsres Verbandes allorts bemüht sind, Uebergreife zu vermeiden.

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften betreffend wurde eine Resolution des gleichzeitig mit dem Kongress tagenden Genossenschaftstages zu Eisenach zur Kenntnis genommen und eine Erklärung angenommen, welche die Gewerkschaften erneut auf die Beschlüsse des Kölner Kongresses verweist, nach welchem die Konjunktionsgenossenschaften durch Beitritt und Propagierung zu unterstützen sind.

Ueber die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung hörte der Kongress ein ausgezeichnetes Referat Mollenbuhes, das mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Die Resolution des Referenten, sowie auch eine zweite, von Frau Fryer begründete, wurden einstimmig angenommen. Ohne Debatte wurde auch die Resolution des Referenten Lange-Hamburg über die staatliche Versicherung der Privatangestellten angenommen.

Zu Punkt 6, gewerkschaftliche Stellenvermittlung, lagen außer der Resolution des Referenten zwei Anträge der Zahlstellen Harburg und Hamburg unsres Verbandes vor. Der Referent sowohl wie auch der Vertreter des Seemannsverbandes, Müller, entrollten ein eindrucksvolles Bild von der wucherischen Ausbeutung der Arbeitslosen durch gewissenlose Stellenvermittler. Die von der Redaktionskommission nur unwesentlich abgeänderte Resolution des Referenten, die Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung und Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise unter Selbstverwaltung der Arbeiter fordert, wurde angenommen.

Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel bildete den 7. Punkt der Tagesordnung. Altmann, Bäcker, referierte. Er forderte im wesentlichen das, was wir in Nr. 24 des „Proletariers“ als notwendig zur Durchführung des Boykotts bezeichneten: Bessere Vorbereitung und Vorhüt bei der Verhängung. Dem Vertreter der Friseur, Ehlhorn, war Altmann zu zahn, er fand aber mit seinem Draufgängertum nicht die Zustimmung des Kongresses. Es wurde ihm recht deutlich erklärt, daß erst die Organisation der Geßlisen da sein müsse, bevor man boykottiere, daß man nicht versuchen dürfe, durch Boykott eine Organisation zu schaffen.

Die Frage der Jugendberziehung beschäftigte als weiteren Punkt den Kongress. Das Referat des Genossen Schmidt wird voraussichtlich starken Widerspruch auslösen. Er verwarf entschieden die Versuche, die Jugendorganisationen zu Kampforganisationen auszubauen. Sehr nachdrücklich betonte er, daß für den politischen Kampf die Partei und für den wirtschaftlichen die Gewerkschaften da seien. Sobald die Jugend an diesem Kampf teilnehmen könne und wolle, habe sie es im Rahmen dieser Organisationen, nicht aber in besonderen Vereinigungen zu tun. Er bestritt die Jugendabteilungen in den Gewerkschaften und Gründung einer wirklich gut geleiteten Jugendzeitung. Der Kongress schloß sich

nach kurzer Debatte im wesentlichen den Ausführungen des Referenten an. Gewisse radikale Schwärmer, die eine „Junge Garde“ schaffen wollen und die Politik für das geeignetste Erziehungsmittel halten, können also nunmehr den Kampf beginnen.

Wenig glücklich war die Erledigung einiger Anträge zur Alkoholfrage. Die Erklärung des Vorsitzenden Bömelburg, daß eine Beschlußfassung über die Anträge überflüssig sei, weil die Gewerkschaften in der Praxis ohnehin in der Richtung wirken, wie das die Anträge fordern, war ebenso unglücklich wie lahm. Gerade weil die Gewerkschaften grundsätzlich Gegner des Alkoholmißbrauchs sind, hätte der Kongress Veranlassung gehabt, der praktischen Lösung der Frage einige Aufmerksamkeit zu widmen. Er hat dazu mindestens dieselbe Berechtigung und Verpflichtung, wie der Parteitag der sozialdemokratischen Partei. Es steht deshalb zu hoffen, daß der nächste Kongress diese Frage weniger flüchtig erledigen wird.

Im ganzen genommen sei noch einmal gesagt: Der 6. Kongress der Gewerkschaften hat in der Waffenschmiede — wie Bebel das Hamburger Gewerkschaftshaus bei der Einweihung getauft hat — gute Arbeit geleistet. Er hat die alten Waffen geprüft und neue geschmiedet. Die Stärke und Einheit der deutschen modernen Arbeiterbewegung hat er nach außen hin aufs neue dokumentiert, nach innen noch mehr gefestigt. Möge er viele gleichwertige Nachfolger haben.

Zum Verbandstag.

In Nr. 23 unsres Organs bedauert Kollege Wollermann, daß wir seit dem letzten Verbandstage fast gar keinen Aufschwung zu verzeichnen haben. Er glaubt mit Recht, daß in der Beitragsleistung der Grund dafür zu suchen ist. Zweifellos kann hieran der Staffelbeitrag sehr viel bessern. Er sollte aber nicht nur für manche Gegenden, sondern gleich über ganz Deutschland eingeführt werden. Ich empfehle hierzu den Kollegen folgenden Antrag zur Diskussion: Bei einem Tagesverdienst

bis zu 2,50 Mk. 30 Pfg.,
von 2,50—3,00 Mk. 40 Pfg.,
von 3,00—3,50 Mk. 50 Pfg.,
über 3,50 Mk. 60 Pfg.

Wohl wird dieser Antrag bei den Kollegen in der Stadt auf Widerstand stoßen, da diese in der Regel höhere Löhne haben. Doch mögen diese dann bedenken, daß es viel leichter ist, bei einem Verdienst von 24 Mk. 60 Pfg. zu leisten, als bei 12—14 Mk. 40 und 50 Pfg. Außerdem ist es dadurch auch möglich, noch viele Tausende Kollegen vom Lande für die Organisation zu gewinnen, was für die Kollegen in der Stadt auch wieder von großem Vorteil ist. Selbstredend müßte nun auch die Unterstützung in dieser Weise abgestuft werden, doch auch hierin wird bei einigem guten Willen der richtige Weg gefunden werden. Ernst Sogher.

Ganz richtig wird von allen Kollegen, welche bis jetzt zum bevorstehenden Verbandstage im „Proletarier“ zum Wort gekommen sind, betont: Der diesjährige Verbandstag hat seine Aufgabe im Ausbau des Verbandes im Innern zu lösen. Die Aufstellungen, wo auszubauen ist, gehen in manchen Punkten auseinander. Ich bin einverstanden mit den Anregungen des Kollegen Thiemig. Außerdem halte ich die immer wiederkehrenden Anregungen auf Einführung von Staffelbeiträgen für diskutabel. Es müßte meiner Auffassung nach von Vorteil sein, wenn bis zum Verbandstage die Gründe für und wider die Staffelbeiträge recht ausgiebig erörtert würden. Redaktion und Hauptvorstand sollen in dieser Frage ebenfalls das Wort nehmen. In Gegenden mit äußerst niedrigen Löhnen ist auf Jahre hinaus für eine weitere Beitragserhöhung keine Möglichkeit, dagegen würde für vorgeschrittene Gegenden ein längerer Stillstand der Beiträge einen Rückschritt bedeuten. Die Frage der Staffelbeiträge muß ventilirt werden, weil wir Berufsgruppen in unserm Verbands haben, welche bei größeren Leistungen des Verbandes höhere Beiträge zahlen wollen und auch können. Dagegen gibt es Berufsgruppen, bei denen eine weitere Beitragserhöhung lähmend auf die Verarbeitung des Verbandes einwirkt. Die Spielwarenarbeiter und Arbeiterinnen z. B. würden mit einer Beitragserhöhung sehr schlecht fahren. Prinzipielle Gründe stehen einer Staffelung der Beiträge nicht entgegen. Denn andere Organisationen sind schon vor uns dazu gekommen. Folgende Vorschläge stelle ich zur Diskussion: Der jetzige Beitrag von 40 Pf. pro Woche bleibt als niedrigste Stufe bestehen. Zwei weitere Stufen von 50 und 60 Pf. werden für die Kollegen geschaffen. Für die Kolleginnen halte ich die Schaffung weiterer Stufen nicht für unbedingt notwendig, weil ihnen bereits heute das Recht zusteht, die höheren Beiträge der Kollegen zu zahlen. Die Erhöhung der Unterstützung für die höheren Beitragsstufen wird am besten auf die Erwerbslosenunterstützung und das Serbegeld beschränkt. Um den Zahlstellen die Möglichkeit der Einheitsmarke aus praktischen Gründen zu belassen, soweit sie selbst Wert darauf legen, kann ihnen zugestanden werden, mit Dreiviertel-Majorität die Beitragsstufe zu beschließen. Ohne Zustimmung des Hauptvorstandes darf dann aber keine Zahlstelle von einer höheren Beitragsstufe in eine niederere treten. Eine weitere Frage von weittragender Bedeutung ist die Vermehrung der Gaubeamten. Verschiedene Gaus unsres Verbandes sind zu umfangreich, um von einem Kollegen genügend bearbeitet werden zu können. Ob eine Doppelbesetzung einzelner Gaus oder eine Vermehrung derselben praktischer ist, dürfte von unsern Gauleitern und dem Vorstände am besten beurteilt werden können. Soweit meine Erfahrung geht, halte ich Doppelbesetzung für besser. Im Hauptvorstande wäre die Stelle eines Stützleiters zu schaffen. Derselbe hat, mit weitgehenden Vollmachten des Vorstandes ausgerüstet, in die Streitgebiete zu gehen, Verhandlungen zu führen, den Stand der Streiks zu prüfen, Streiks zu beenden usw. Zur Gewinnung und Erhaltung von Mitgliedern hat der Vorstand periodisch Flugblätter herauszugeben. Die Anstellung eines Geschäftsführers und die Gewährung eines Zuschusses an Zahlstellen soll in Gegenden mit arbeitsloser

Ausbreitungsmöglichkeit des Verbandes schon bei 600 Mitgliedern gegeben sein. Einheitliches Verwaltungsmaterial, Registerkarten, ganz besonders eine einheitliche Buchführung der Zahlstellen ist längst zu einem Bedürfnis ausgewachsen. Die gegenwärtige Zeit ist am besten geeignet, den Verband organisatorisch so hoch zu bringen, daß nach überstandener Krise Erfolge für die Kollegen und Kolleginnen erzielt werden können. Der Ausbau des Verbandes ist das Fundament zu weiteren Erfolgen. Setzen wir uns dieser Aufgabe gewachsen, indem wir jeder nach besten Kräften uns bemühen, das Beste für den Verband zu schaffen.
C. B. H. S.

Aus der Papierindustrie.

Der Verein deutscher Papierfabrikanten

hat seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1907/08 herausgegeben. Der Bericht ist im wesentlichen eine Reproduktion einer Anzahl Artikel, die bereits im „Wochenblatt“ erschienen sind. Dessen ungeachtet muß anerkannt werden, daß der Verein eine ebenso eifrige wie vielseitige Tätigkeit entfaltet hat, die allerdings, soweit es Arbeiterangelegenheiten betrifft, von einer recht lässigen Auffassung zeugt. Wir haben von dem „Geist“, der den Verein durchweht, ja schon wiederholt Proben gegeben, wollen aber heute doch einige neue Belege für diese soziale Rücksichtslosigkeit der weiteren Öffentlichkeit unterbreiten.

So heißt es z. B. an einer Stelle des Berichtes, nachdem die Finanzlage des Deutschen Reiches als ungesund bezeichnet ist:

„Im Deutschen Reich scheuen sich Regierung und Reichstag gleichmäßig, die Massenverbrauchsartikel zu einer ausreichenden Besteuerung heranzuziehen, trotzdem nur dadurch die Mittel aufgebracht werden können, die zur Befreiung der Staatsbedürfnisse erforderlich sind.“

Das nennt man: fröhlich und verantwortliche Behauptungen in die Welt setzen. Der ganze Bedarf des Deutschen Reiches wird, soweit er nicht aus Betriebsüberschüssen gedeckt wird, durch indirekte Steuern, vornehmlich durch Steuern auf Massenverbrauchsartikel, aufgebracht; das arbeitende Volk bricht fast zusammen unter der Preissteigerung der Lebensmittel, die zum erheblichen Teil eine Folge der steuerlichen Belastung ist, und da behauptet der Berichterstatter des Unternehmervereins, die Regierung scheut sich, Massenverbrauchsartikel zu besteuern. Das versteht, wer mag. Vielleicht ändert Herr Dietjes seine Ansicht, wenn wir ihm nachstehende Zusammenstellung unterbreiten. Durch indirekte Steuern und Zölle werden in Deutschland ver-

1 Kilo Salz	um 12 Pf.
1 „ Zucker	14 „
1 „ Kaffee	40 „
1 „ Tee	25 „
1 „ Getreide	5-5 1/2 „
1 „ Mehl	7 „
1 „ Brot	7 „
1 „ Reis	6 „
1 „ Tabak	85 „
1 Liter Bier	0,8 „
1 „ Branntwein	28 „
1 „ Petroleum	7,5 „
1 Hering	1/2-1 „

So sieht also die „Scheu vor Belastung der Massenverbrauchsartikel“ in Wirklichkeit aus.

Ebenso leichtfertig ist die Behauptung des Berichtes: in keinem andern Jahre sei mehr gestreikt worden wie im Jahre 1907. In Wirklichkeit sind nämlich die Streiks im Vorjahr ganz bedeutend zurückgegangen. Wir werden demnächst Gelegenheit nehmen, das zahlenmäßig zu belegen.

Bezeichnend sind folgende Sätze: „Die Arbeitgeber reizen sich förmlich um die Arbeiter und diese versuchen ihre Ware, die Arbeitskraft, so gut wie möglich am Markt zu verwerten. Auch ist es begreiflich — ob gerechtfertigt, lassen wir dahingestellt —, daß die Arbeiter in Zeiten günstiger Wirtschaftslage einen Teil von den Gewinnen ihrer Arbeitgeber für sich beanspruchen.“ Zweierlei ist an diesen Sätzen interessant: erstens das Buzgeändnis, daß die Arbeitskraft eine Ware ist. Wenn wir das sagen und den Arbeiter ermahnen, für seine Ware einen angemessenen Preis zu fordern, so töben die Herren Unternehmer in förmlicher Entrüstung über die „Herabwürdigung“ des Menschen. Zweitens, die verkaufsfähigste Erklärung, daß der Arbeiter eigentlich kein Recht habe, einen Anteil am Gewinn des Unternehmers bei gutem Geschäftsgang zu fordern. Dagegen erklärt Herr Dietjes es für ganz selbstverständlich, daß bei abflauendem Geschäftsgang der Lohn gekürzt wird. Das ist der echt kapitalistische Standpunkt, der nur nicht immer so offen hervorgekehrt wird.

Ueber die Konsequenzen in den Ausführungen des leitenden Generalsekretärs wäre ein Buch zu schreiben. Wir wollen aber nur einige Proben davon geben. Auf Seite 21 des Berichtes heißt es:

„Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter ist von der Verarmungskrisis so geschüttelt, daß sie es für ehrenrührig ansehen, freitende Genossen zu erziehen und auf diese Weise den Preis der einzigen Ware des Arbeiters, seiner Arbeitskraft, zu vermindern. Deutsche Fabrikanten dagegen halten es noch immer mit ihrer Würde vereinbar, die durch Spekulation hochgehaltenen Warenpreise heranzubehalten und zu verdrängen.“

Dagegen auf Seite 48:

„Dazu kommt noch ein von der Sozialdemokratie künstlich geschaffenes sogenanntes Ehrgefühl, wonach es Pflicht jeden Arbeiters sein soll, im Klassenkampf Schalter an Schalter mit den Genossen zu stehen. Allmählich aber gehen einen Teil der Arbeiterschaft doch die Augen darüber auf, daß dies alles nur Schlagworte sind, hinter denen heimliche Taten stehen.“

Das ist gewiß eine Klüppelreihe. Auf Seite 21 wird das Solidaritätsgefühl der Arbeiter gerühmt und den Unternehmern als Räuber vorgehalten, denn sie nachzusehen sollen, und einige Seiten später ist die Rede von einem „sogenannten Ehrgefühl“, das „nur Schlagworte“ bringt. In anderer Stelle wird dann noch die Arbeitslosigkeit waggelbuntieren versucht mit dem abgedroschenen Wort von

den „gewerksmäßigen Arbeitslosen“, auch gibt der für und gegen Solidarität schwärmende Herr den Arbeitslosen den Rat, bei den im Frühjahr ausbrechenden Streiks ihre „Arbeitskraft zu verwerten“. Auch die gelben Gewerkschaften werden den Unternehmern warm empfohlen. Wir glauben nun nicht, daß die Aufforderung zum Streikbruch und zur Zersplitterung der Arbeiter wesentliche Erfolge haben wird, können aber doch nicht umhin, zu erklären, daß eine so doppelbändige Moral, die den Unternehmern Einigkeit und den Arbeitern Zersplitterung predigt, die der Unternehmer zur Solidarität und die Arbeiter zum Streikbruch erziehen will, schärfste Brandmarke verdient. Wir werden solche Mittel im Kampfe mit den Unternehmern nicht anwenden.

Der Arbeitgeberverband deutscher Papier- und Zellstoff-Fabriken, über dessen im Vorjahr erfolgte Gründung wir berichteten, hat laut Bericht ca. 100 Firmen als Mitglieder. Der Verband ist der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen, gehört also der scharfmacherischen Richtung an. Jemand welche Tätigkeit hat er im Vorjahr nicht entfaltet, er soll aber schon „ein nicht unbedeutliches“ Vermögen gesammelt haben. Wieviel, wird vorwärts halber nicht gesagt. Der Verein hatte eine Einnahme von 57 938 und eine Ausgabe von 39 166 M. Er verkaufte 154 Diplome für 25jährige, 160 Diplome für 10jährige und 3 Denkmünzen für 10jährige „Dienstzeit“. Die Papierfabrikarbeiter können also ruhig die Hände in den Schoß legen, die Unternehmer sorgen dafür, daß ihre ärmliche Wohnung mit Diplomen tapeziert und ihre abgearbeitete Brust mit Münzen behängt wird. Und da sage noch einer, die Papierfabrikanten seien nicht wohlthätige, rücksichtsvolle, einfühlige, menschenfreundliche Arbeitgeber.

Eine Bemerkung sei noch zum Schluß hervorgehoben. Es heißt im Bericht:

„Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Papiermacherei ist eben noch ein besseres, als es in andern Industrien der Fall ist. Es geht noch ein patriarchalisches Geis durch das gesamte Gewerbe, der durch die verhältnismäßige Abgelassenheit vieler Fabriken genährt wird. Hieran haben auch die Bemühungen der sozialdemokratischen Presse, besonders des Fachblattes des Verbandes der Fabrik-, Band-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, des „Proletariats“ nichts zu ändern vermocht. Der Arbeiter in Papierfabriken sieht sich eben nicht als Proletarier, sondern als unabhängiger Mann, der Wohlwollen von seinem Arbeitgeber erwartet und ihm dafür mit Anhänglichkeit loht.“

Ein solches Bild ist zweifellos der sich nicht als Proletarier fühlende, unabhängige, dabei aber Wohlwollen mit Anhänglichkeit lohnende Arbeiter in Papierfabriken. Man merkt deutlich den Spott heraus über die Einfichtlosigkeit so vieler Arbeiter, die noch immer nicht den Weg zur Organisation finden können. Inwieweit unsere auftritte Tätigkeit unter den Papierproleten Erfolg gehabt hat, kann Herr Dietjes nicht wissen. Wenn er trotzdem darüber schreibt, so beweist das nur seine „Gewissenhaftigkeit“, sonst nichts! Jedenfalls werden wir ihn zu gelegener Zeit recht unangenehm enttäuschen. Die Papierfabrikarbeiter werden erwachen und wenn Herr Dietjes noch so eifrig seine Biengelieder singt.

Aus der chemischen Industrie.

Die großen Explosionskatastrophen 1907 in der deutschen Sprengstoffindustrie.

Die bereits besprochenen Berichte der technischen Aufsichtsbereiten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für das Jahr 1907 schildern auch die widerlichsten Explosionen in der deutschen Sprengstoffindustrie, welche einer Reihe unserer Kameraden und Mitglieder die Gesundheit und andern sogar das Leben gekostet haben. Wir geben in nachfolgendem den wesentlichen Inhalt dieser Berichte wieder, um die Arbeiter der Sprengstoffindustrie in den Stand zu setzen, die Mitteilungen der Unternehmerbeamten zu prüfen, sie nötigenfalls zu berichtigen und jedenfalls aus ihnen zu lernen.

1. Das Dömlitzer Unglück.

Eine folgenschwere Explosion fand in der Dynamitfabrik in Dömlitz statt, bei der sich 14 entzündungsfähige Unfälle, darunter 12 Todesfälle ereigneten. Der Herd dieser Explosion ist in einer Werner & Pleidertischen Mengmaschine zu suchen, in die, wie der Abdruck gezeigt hat, ein Nagel geraten sein mußte. Es erfolgte kurz hintereinander fünf Detonationen (Knalle), denen sich im Verlaufe von 1 1/2 Stunden mehrere Explosionen, die scheinbar durch Feuerübertragung entstanden sind, angeschlossen. Vernichtet wurden im gefährlichen Teile 5 Kollobiumwollrodenhäuser, 3 Menghäuser für Gelatine, 3 Nachschubungen, 1 Waschkübel, 2 Abwasserhäuser, 8 Patronenhütten; außerdem sind eine Anzahl Gebäude durch die Explosionen mehr oder weniger zerstört. Demgemäß haben sich die Explosionen über den größten Teil des gefährlichen Betriebes ausgebreitet. In ungefährlichen Teile bestanden die Zerkleinerungen nur in eingedrückten Türen, Fenstern und Dächern. Von den 14 entzündungsfähigen Unfällen entfielen 5 auf die Menghäuser, 1 auf die Waschkübel, 1 auf Kollobiumwollrodenhäuser und 7 auf die Patronenhütten. Eine Befreiung gegen die Unfallberühmungen vorzuziehen aber Nitroglyzerinsprengstofffabriken konnte nicht festgestellt werden.

Die Explosion in dem Menghaus der gefährlichsten Fabrik konnte nur dadurch die Abmessungen annehmen, daß verschiedene Fabrikanten, Menghäuser und Kollobiumwollrodenhäuser in einem Block vereinigt waren, von dem die Patronenhütten nicht weit genug entfernt lagen. Die Fabrik glaubte, die einzelnen Gebäude durch die über das Maß der Vorschriften hinausgehenden Wälle vollständig gegeneinander geschützt zu haben. Diese Annahme hat sich jedoch als falsch erwiesen und die einzelnen Umwallungen haben die leichten Holzbauten weder gegen die Druck- und Saugwirkung der Explosion, noch gegen Feuerübertragung geschützt.

2. Das Unglück in Schlebusch.

Am 3. Juli 1907, nachmittags gegen 4 Uhr, fanden auf der Sprengstoff-Fabrik in Schlebusch ununterbrochen hintereinander 3 heftige Explosionen statt, wobei 4 Arbeiter getötet und 8 verletzt wurden. Künftig bemerkt wurden das Gelatinierhaus und das Gelatiniermaschinenhaus für Gelatinierdynamit; ein Karbonitvorratstrunk brannte nieder. Ferner wurden durch die direkte Zerkleinerung der Explosion mehrere in einem Umkreise von 50 Metern befindliche Nebengebäude (Karbonitmaschinenhaus, Gelatiniermaschinenhaus und 4 Patronenhütten) so stark beschädigt, daß sie neu errichtet werden mußten. Die in diesen Gebäuden zur Zeit der Explosion beschäftigten Personen wurden gar nicht oder doch nur so

geringfügig verletzt, daß keiner von ihnen vorübergehend arbeitsunfähig war. Alle diese Vorfälle standen einzeln hinter Erbällen, jedoch befand sich in dem Erballe zwischen dem Gelatinierhaus und dem Knethaus ein gekrümmter Tunnel. Es ist anzunehmen, daß die erste Explosion im Knethaus erfolgte und daß unmittelbar darauf das Gelatinierhaus in die Luft flog. Zwei der getöteten Arbeiter waren, wie aus dem Funde der Leichenteile hervorging, während der Explosion im Gelatinierhaus bei den Pfannen beschäftigt, während der verunglückten Arbeiter sich im Moment der Explosion im vorerwähnten Tunnel befunden haben muß. Heftige Gefunden nach den beiden ersten Explosionen erfolgte eine dritte, schwächere, die durch einen Wagen, welcher zum Transport des Nitroglyzerins vom Füllergaube nach dem Gelatinierhaus diente und welcher, wahrscheinlich zum größten Teil geleert, vor dem Eingangstunnel zum Gelatinierhaus stand, herbeigeführt wurde. Sowohl der Schlag, als auch die Vertiefung im Erdboden an der Stelle, an welcher der Wagen stand, lassen darauf schließen, daß sich nur eine ganz unerhebliche Menge von Nitroglyzerin in demselben befunden haben kann. Bei der Explosion des Gelatinierhauses schlug eine Stichflamme aus dem Tunnel heraus und brachte den Nitroglyzerinwagen zur Entzündung und Explosion. Hier, außerhalb der Umwallung und in der Nähe des Tunneleinganges, wurde die Leiche des vierten Arbeiters gefunden. Sie zeigte eine Schädelerkennung und Brandwunden, welche darauf schließen lassen, daß der Arbeiter durch die Explosion gegen den getauerten Tunnelgang geschleudert und von der Stichflamme getroffen wurde. Im Nitroglyzerinmaschinenhaus standen 2 Knetmaschinen, die durch einen außerhalb des Erballes stationierten Elektromotor mittels Vorgelege angetrieben wurden. Beide Knetmaschinen waren im Gange und es befanden sich dabei keine Personen in dem Raume. Kurz vor der Explosion war der Antreiber des Elektromotors zum Vorgelege der Maschinen länger gemacht worden, weil er nicht durchging. Man kann daher vermuten, daß in den Maschinen selbst irgend ein Widerstand, vielleicht Reibung durch einen Fremdkörper, aufgetreten ist, der die Explosion verursachte. Es sind daher nunmehr beim Wiederaufbau der Anlage die Elektromotoren mit automatischer Ausschaltung bei zu hochliegendem Energieverbrauch versehen worden. Augenscheinlich schlug die Stichflamme des explodierten Sprengstoffes vom Knethaus zum Gelatinierhaus durch den gekrümmten Verbindungstunnel; die bisher bestehende Annahme, daß die Krümmung des Tunnels einen Schutz gegen die Stichflamme bilden sollte, traf demnach hier nicht zu. Es sind daher beim Wiederaufbau der Anlage alle direkten Verbindungen zwischen zwei explosionsgefährlichen Vorkäufen aufgehoben und vorhandene zugesichert worden. Nach den Vögern im Boden zu urteilen, an der Stelle, wo die Gelatinierung stattfand, waren von den vorhandenen 8 Gelatinierpfannen 6 mit Sprenggelatine gefüllt. Die Menge, welche im Gelatinierhaus zur Explosion kam, würde demnach etwa 400 Kilogramm gelatinisiertes Gel und etwa 65 Kilogramm noch nicht eingeleitetes Nitroglyzerin betragen haben. Im Knethaus waren beide Maschinen mit je 100 Kilogramm Gelatinedynamit gefüllt und dort wird sich noch ein Rest fertigen Dynamits im Vorratstrunk befunden haben, so daß die dort zur Explosion gelangene Menge etwa 260 Kilogramm betragen haben muß. Durch die Explosion der Gelatinierung wurde, wie schon erwähnt, der durch einen massiven Erdball von dieser getrennte Karbonitvorratstrunk in Brand gesetzt. In diesem Raume befanden sich etwa 140 Kilogramm fertig gemischtes Karbonit I, welches von hier aus nach den einzelnen Patronenhütten getragen wird. Das Gebäude samt Inhalt brannte mit gewaltig auflodernder Flamme nieder, ohne daß eine Explosion des Sprengstoffes erfolgte. Der im Verhältnis zur Explosion nur geringe Sachschaden ist wohl im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Wälle mit Birken und andern Bauhölzern sehr gut angepflanzt waren, welche der Ausbreitung der Druckwirkung und somit auch der indirekten Saugwirkung einen vorzüglichen Widerstand entgegensetzten. Ebenso ist anzunehmen, daß die Befestigung des Walles des benachbarten Karbonitvorratstrunkes ganz allein das Feuer zusammengehalten und verhindert hat, daß es sich auf weitere Gebäude ausbreiten konnte. Ganz besonders hervorzuheben ist ferner, daß sich die aus Stampfbeton hergestellten Magazine ganz vorzüglich bewährt haben; die von der Explosionsstelle nur etwa 60 Meter entfernt liegenden Betonmagazine zeigten nicht die geringsten Beschädigungen oder Sprengung. Man sollte nach Möglichkeit für Sprengstoffbauten Beton anwenden, weil dieser durch die Explosion bei unmittelbarem Auftreten zu Staub zermahlt wird, gegen Feuerwirkungen dagegen, namentlich bei Beschüttung mit Erde und Rasen, unerschütterlich bleibt. Auch sollte man feuergefährliche Gebäude, welche der Blitzgefahr und dem Flugfeuer ausgesetzt sind, wie z. B. Trockenhäuser u. dergl. möglichst in Beton herstellen. Eine Ueberdeckung mit Erde und Rasen sichert zweifellos gegen Blitzschlag besser als ein Blitzleiter.

3. Explosion einer Zündblatfabrik.

Durch eine gewaltige Explosion wurde eine Fabrik (Ort und Firma sind leider nicht angegeben; weshalb nicht? N. d.) zerstört, in welcher Amorce (Zündblättchen für Handpistolen) und Knallproben für Radfahrer, aber auch ohne Konzeption elektrische Minen- und Knallproben hergestellt wurden. Die Zündmasse für die Amorce und Knallproben besteht in der Hauptsache aus amorphem (rotem) Phosphor, Chlorarsen, Kali, Lein und Milchsüder. In dem Fabrikationsraume stand eine leichte, oberflächlich zugedachte Kiste mit 4000-6000 fertigen Knallproben. In der Nähe war eine Leiter Höhe aufgestellt, in welcher für eine fremde Fabrik von Feuerwerkskörpern Schellackfeuer (eine Schmelze von Schellack und salpetersaurem Strontium) fein gemahlen wurde. Außerdem befand sich im selben Raume eine mit Dampf geheizte Wärmplatte, auf welcher mehrere tausend gefüllte Knallproben getrocknet wurden. Es ist nun anzunehmen, daß durch irgend einen Umstand der Zündsatz in Brand geriet, daß die sprühenden, zum Teil erst in der Luft explodierenden Knallproben in die offene Kiste mit Schellackfeuer geschlagen sind und den Inhalt entzündeten. Es entstand eine gewaltige Gasentwicklung, unter deren Luftdruck das Dach des Fabrikraumes, welches im Verhältnis zu den schwachen Seitenmauern zu schwer war, einbrach, alles unter sich versinkend. Eine Arbeiterin wurde tot aus den Trümmern gezogen, 6 weitere erlitten Kopfverletzungen, Quetschungen und Brandwunden.

4. Drei kleinere Katastrophen.

Auf einer Dynamitfabrik (Ort und Firma fehlen hier durchgängig! N. d.) ereignete sich eine heftige Explosion, durch welche das Nitrierhaus vollständig zerstört, Personen aber nicht getötet wurden; nur der Delmeister trug einen Gehörtschaden davon. Die erste Nitrierung war in Gegenwart des Chemikers begonnen worden, nachdem wie üblich die Umlauf- und Nährvorrichtungen auf ihre richtige Funktion geprüft waren. Nach erfolgter Nitrierung war die erste Charge (450 Kilogramm Sprengöl) in den Separator abgelassen worden und während 24 Minuten fortwährend von dem Delmeister beobachtet worden. Die Scheidung verlief glatt und der Separatorinhalt zeigte hierbei die normale Temperatur von 54,8° C. Als der Delmeister nach erfolgter Scheidung das Ringsignal zum Umlassen nach dem Waschkübel geben wollte, hörte er plötzlich ein sehr hartes Hissen im Separator und rief sofort den durch Luftdruck zu offenenden Umlahhahn auf, um die Entleerung in den mit der zehnfachen Menge Wasser gefüllten Sicherheitsbüchse zu bewirken. Hierauf lief er sofort in den am Eingang befindlichen Unterstand, wohin sich auch kurz vorher der die Nitrierung überwachende Arbeiter begeben hatte, um mittels eines in demselben befindlichen Montages das Glyzerin für die zweite Charge in das Reaktor zu brüden. Raum war der Delmeister dort angelangt, als auch schon eine Explosion erfolgte und nach ca. 1/2 Minute eine zweite heftigere folgte, die das Nitrierhaus vollständig zerstörte. Der das Nitrierhaus umgebende Schuttwall wurde ebenfalls stark beschädigt und der Haupteingang, ein durch starke Wöhlen und Bretter gegen das Erdreich abgeschützter Tunnel, war vollständig verhängelt. Im Waschkübel, welches vom Explosionsherd eine Entfernung von 20 Metern hat, wurde eine zu einer Wagne führende Holztrappe zum Annehmend. Mehrere Feuertreue waren zerstört und alle Feuertreue entzwei. Die Waschapparate und die im Gebäude befindlichen Druckluft-, Wasser- und Heizungsleitungen waren vollständig unversehrt. Auch das in den Filterkästen befindliche Spreng-

(ca. 500 Kilogramm) wurde von der Explosion nicht berührt. Die vom Explosionsherd in einer Entfernung von 25 Metern entfernt gelegene Nachschubeinrichtung wurde ebenfalls gelitten; hier waren ebenfalls alle Feuerlöscher erschöpft; auch war an diesem Gebäude das Dach stark beschädigt und die äußere Bretterverkleidung zum Teil herausgerissen und zerbrochen. Die Nachschubeinrichtungen waren vollkommen unversehrt. In sonstigen Gebäuden ist zu verzeichnen, daß an der dem Hinterhaus zunächst gelegenen, etwa 60 Meter entfernten Patzmannsche mehrere Fenstergehäusen zertrümmert wurden. Ebenso waren an dem Geländeerker und dem Padamum, welche 50 bzw. 60 Meter vom Explosionsherd entfernt liegen, einige Fenstergehäusen zertrümmert. In der 220 Meter entfernten Denkmalstation sind, wahrscheinlich durch die starke Bodenerschütterung, die Verbindungsleitungen der Apparate unrichtig geworden und mußten neu montiert werden. Auch hier geriet ein Fenstergehäuse, welche zum größten Teil nach außen flogen. An den übrigen Gebäuden ist keinerlei Schaden verursacht worden.

In einer Schwarzpulverfabrik kam ein Arbeiter durch Explosion des Stampfwerkes zu Tode; es befanden sich etwa 500 Kilogramm Jagdpulver in Verarbeitung. Die Mühle wurde gänzlich zerstört.

In Trodenraum einer Sicherheits Sprengstofffabrik erkrankte sich der dort vorhandene Pulvervorrat; der in diesem Räume beschäftigte Arbeiter verstarb infolge der erlittenen Brandwunden. Eine Explosionswirkung war in diesem Falle nicht zu konstatieren. Es waren sogar die Fenstergehäusen des Trodenraumes intakt geblieben. Die Betriebsleitung glaubte die Ursache der Entzündung auf Nichtbefolgung des Rauchverbots durch den erst seit zwei Tagen in der Fabrik beschäftigten Arbeiter zurückführen zu sollen, da konstatiert werden konnte, daß sich der Verletzte einige Stunden vor dem Unfall im Besitze einer Zigarette befunden hatte, die sich nach dem Unfall nicht mehr vorfand. Bei der vollständigen Unfalluntersuchung fand sich in dem gerichtlich gesperrten Trodenraum ein eiserner Kasten vor, dessen Benutzung zum Umkränzen des Pulvers seitens des Aufsichtsbearbeiters bereits bei der letzten Betriebsbesichtigung beanstandet und wofür Ersatz durch einen kupfernen Reagen gefordert worden war. Obgleich seitens der Fabrikleitung gemeldet war, daß dieser Auflage entsprochen worden sei, wurde der beanstandete Reagen weiter benutzt, jedoch nur für ungefährliches nasses Pulver, wie die Firma zu ihrer Entschuldigung anführte. Auf Grund der durch die Unfalluntersuchung zutage geförderten Ergebnisse wurde gegen den Betriebsunternehmer Strafantrag beim Genossenschaftsgericht gestellt. Die seitens der kgl. Staatsanwaltschaft durchgeführte Untersuchung blieb ohne Ergebnis. (1)

Soweit die Unternehmerbeamten über sechs Explosionskatastrophen des Vorjahres. Ihre Berichte zeichnen sich sämtlich durch ein sehr auffälliges Merkmal aus: Sie gehen mit keinem Worte auf die Betriebs- und Arbeiterverhältnisse der betroffenen Fabriken ein, während diese doch, wie z. B. in Odmitz, oft in so engem ursächlichen Zusammenhang zu den Katastrophen stehen. Dafür sind es eben Unternehmerbeamte, die berichten!

Unternehmensbeamte vor einer Krankenkassisten.

In der Ausschussung des chemischen Unternehmerverbandes, die am 5. Mai d. J. im luxuriösen Wiesbadener Kurhaus stattfand, berichtete auch Prof. Dr. Lepsius über die von der Berufsgenossenschaft eingeleiteten Verhandlungen behufs Einrichtung einer Krankenkassisten der Ärzte der Betriebskrankenkassen, die in der chemischen Industrie bestehen. Es liegt ein vollständig durchgearbeiteter Plan für die statistischen Aufnahmen vor, so daß nunmehr mit diesen begonnen werden könne. Die Herren Gypner, Dr. Oppenheim und Lepsius bekräftigten die Ausführung der Statistik und empfahlen, an die Berufsgenossenschaft das Ersuchen zu richten, ihrerseits die Durchführung und Bearbeitung der Statistik zu übernehmen. Herr Geheimrat Dr. Gans wünschte eine Auskunft darüber, in welchem Umfang sich die Industrie zur Mitarbeit an dieser Statistik bereit erklärt habe. Falls nur die großen Fabriken, die bereits eine gewisse Statistik eingeführt haben, sich an der Durchführung der Arbeiter beteiligen würden, könnte das sich ergebende Bild leicht ein schlechtes werden, und zwar insofern, als sich verhältnismäßig eine geringe Anzahl von Fällen ergeben dürfte, weil die großen Betriebe bereits eine umfangreiche Fürsorge erkrankten Arbeitern zuteil werden lassen und diese daher unter Umständen einen sekundären Vorteil darin finden könnten, sich krank zu melden. (1) Vor der Verallgemeinerung der Statistik, die sich aus den Ergebnissen der Statistik in den großen Fabriken ziehen lassen, müsse man sich unter allen Umständen hüten. Von Seiten des Generalsekretärs wurde erwidert, daß die Bedenken des Herrn Dr. Gans bereits in der Vertretungskonferenz zum Ausdruck gebracht worden seien, in dessen hätte sich gezeigt, daß von Seiten der Firmen, die eigene Krankenkassen haben, sich keine einzige Stimme prinzipiell gegen die Durchführung der geplanten Statistik erhoben habe. Im Laufe der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß sowohl der Unternehmerverein, wie die Berufsgenossenschaft Interesse an dieser Statistik hätten; der Verein, weil er hoffen dürfte, mit Hilfe der Statistik den Nachweis zu liefern, daß die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen über das hohe Maß der Gesundheitsfähigkeit der chemischen Betriebe übertrieben (1) sei, und die Berufsgenossenschaft, weil es für sie wertvoll sei, feststellen zu können, wie groß für sie die Belastung sein würde, wenn sie die Entschädigung der Gewerbekrankheiten übernehmen würde. Da die Berufsgenossenschaft aber bereits über die für eine solche Statistik erforderlichen Arbeitskräfte verfügt, so wurde empfohlen, dieser die Weiterbearbeitung der Angelegenheit zu übertragen. Und damit war allem Anschein nach die Angelegenheit für den Unternehmerverein erledigt. Was müssen die Herren trotz ihrer großsprecherischen Worte für eine Angst vor einer Krankenkassisten haben, die von sachkundigen Ärzten gemacht wird! Sie haben allen Grund zu dieser Angst!

Ein Professor als Unfallrentner

wog nicht oft vor den Schranken eines Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung stehen. In Breslau ist dieser Tage der Fall passiert. Professor Dr. Schulze, der Direktor der agrarökonomischen Versuchsanstalt der schlesischen Landwirtschaftskammer, klagte gegen die chemische Berufsgenossenschaft wegen Entziehung der Unfallrente. Diese Berufsgenossenschaft besitzt nämlich als einzige alle in ihren versicherungspflichtigen Betrieben stehenden Angestellten bis zu 6000 Mk. Einkommen. So war auch Prof. Schulze versichert, und als er im Jahre 1902 einen Betriebsunfall erlitten hatte, bekam er 15 Prozent Rente. Diese wurde später auf 10 Prozent herabgesetzt und soll nun ganz wegfallen. Der klagende Professor erklärte vor dem Gericht, daß er persönlich gegen den Rentenwegfall nichts einzuwenden hätte, daß aber seine Behörde, die Landwirtschaftskammer, von ihm die Verfolgung seines Rechts erwarte. Gemäß dem Standpunkt des Reichsversicherungsamts über die Nichtentschädigung 10prozentiger Erwerbsbeschränkter befähigte indessen das Schiedsgericht die Aufhebung der Rente. Interessant war es, daß auch der Herr Professor die bekannte Klage von der geringen Rücksichtnahme der Berufsgenossenschaften erheben mußte. Denn es ihm so geht — wie mag es den chemischen Arbeitern in der Unfallversicherung gehen!

Chemische Beamte und Schwarzmacher.

Zu Nr. 12 der „Deutschen Industriebeamtenschaft“ rechnet ein Herr Dr. Reimbold-Karlsruhe sehr häufig mit dem Oberschichtführer der deutschen chemischen Industrie, mit Direktor Dr. Duisberg (Eberfeld, Bader) ab. Er weist ihm nach, wie die ganze Sozialpolitik der deutschen Unternehmer im Verein deutscher Chemiker, wo sie die Führung haben, mehr zur Entmannung und Entredung, als zur Hebung der chemischen Beamten führt, und schließlich mit folgenden Sätzen gegen Ausherrungen, die Dr. Duisberg auf der Dantscher Generalversammlung jenes Vereins tat: „Er hat noch manches gesagt, was gerecht klingt, aber er hielt sich doch immer in gewissen Grenzen. Auf einmal aber geht ihm — der Gaul durch: „Als gebildete Menschen verabsäumen wir ein Vorgehen, das mit dem gemeinsten und niedrigsten aller Triebe, mit Neid und Klaffenhasch arbeitet, bei dem das Heil im Kampf gesucht wird.“ Hatte Herr Prof. Dr. D. diese Worte in einem andern Zusammenhang gesprochen, so hätten wir uns ja ganz einverstanden mit ihm erklären

können; an Neid und Klaffenhasch sollte man nicht appellieren. Aber wer tut das denn? Wo hätte das je der Bund schlesisch-industrieller Beamten (die neue Klassenorganisation der Angestellten) getan, Herr Prof. Duisberg? Der Bund stellt nachdrücklich fest, die der Arbeiter eine große soziale Not sind, und dann weist er darauf, die in dieser sozialen Not unterzugehen drohen, Mitleiden zu; die aber, welche in seinem Rettungswerk hinderlich sind, klare Verhältnisse zu schaffen, die selbst die schlimmsten Leiden, weil sie ihnen unbeschadet ist, beseitigen, die bekämpft er. Ist das Neid, was den Bund veranlaßt, die gesetzliche Gewerbesteuer ihres Hocharbeitertages zu kämpfen, für obdiente Sonntagsruhe und monatliche Gehaltszahlung! Ist das Neid, was den Bund nach staatlicher Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung streben läßt, was ihn dagegen angeht, daß man den technischen Beamten der Industrie mittels schamloser Verträge rechtlos macht, daß man es ihm unmöglich macht, bei Streikigkeiten aus dem Dienstverhältnis eine gerichtliche Entscheidung zu suchen? Ist das Neid, wenn der Bund den wirklichen Gehältern in Arbeitsklassen und Einführung obligatorischer Beamtenausweise will? Wenn man Interesse gegen Interesse legt, ist das Neid, ist das Klaffenhasch?

Man sieht, daß die chemischen Beamten gegen bloßen Kapitalisten-Argumente kämpfen müssen, wie wir, wenn sie Ernst machen. Welche Macht wären die Angestellten und die Arbeiter, wenn sie deshalb nicht gegen die Schwarzmacher vorgehen?

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— **Was die Wahrheit herin.** In Nr. 16 der Zeitung „Ziegel und Zement“ bringt der Vorsteher der Stettiner Kaufmannschaft einen „Geschäftsbericht“ von den im Stettiner Bezirk liegenden Zementfabriken, Ziegeln, Schamottefabriken und Kalkwerken. Nachdem der Herr zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die Geschäftslage 1907 gegeben hat, kommt er auf die einzelnen Industriezweige zurück. Da interessiert uns zunächst einmal, was er über den Streik in der Finkenwalder Zementfabrik bringt. Es heißt da im genannten Bericht:

„Von der Portland-Zementfabrik „Stern“, Zoepfer, Gradow u. Komp., wird uns folgendes mitgeteilt: Die Nachfrage nach unserem „Stern“-Zement war im Jahre 1907 noch lebhafter, als im Jahre 1906. Anfang Mai brach auf unserm Werk in Finkenwalde ein teilweiser (1) Streik aus, welcher zehn Wochen dauerte. Es handelte sich dabei nicht um Lohnverhandlungen, sondern um die Forderungen, mit den sozialdemokratischen Organisationen Solidarität abzuschließen. Dieser Forderung konnte unsererseits nicht entsprochen werden. Der Streik hinderte uns, die Konjunktur auszunutzen, wozuf wir uns übrigens eingerichtet hatten. Es hat uns sehr weh getan, unsere neue Kundenschaft nicht auszunutzen zu können.“

So der Vorsteher der Kaufmannschaft in seinem Bericht. In Wirklichkeit lag die Sache wesentlich anders.

Der Streik auf der genannten Zementfabrik ist kein „teilweiser“ gewesen, vielmehr streikten, mit Ausnahme weniger Arbeitswilliger, sämtliche ungelerten Arbeiter. Auch dauerte der Kampf nicht zehn Wochen, sondern 7 1/2 Wochen. Der Streik war auch nicht deshalb ausgebrochen, weil man mit der angeblichen sozialdemokratischen Organisation nichts zu tun haben wollte, sondern weil die Betriebsleitung glaubte, die beherrschenden Forderungen der Arbeiter abzulehnen zu müssen. Man sahelt von sozialdemokratischen Organisationen, um die Öffentlichkeit hinter sich zu führen.

Interessant ist, daß die Fabrik wegen Streiks die Konjunktur nicht auszunutzen konnte. Bei den Verhandlungen mit der Betriebsleitung belamen die Vertreter der Arbeiter jedesmal zu hören, die Arbeitswilligen böden vollständig Ersatz und von den Streikenden solle keiner wieder eingestellt werden. Und jetzt wird offen zugegeben, daß das eitel Fiktion war. Wir sind darüber übrigens nie im Zweifel gewesen. Mit den 270 „Miebsenstählern“ (Berliner Stenogrammisten engels) war eben nicht viel anzufangen.

Nun heißt es weiter: „Nachdem wir den Streik erfolgreich abgeschlossen hatten, ließen wir unsere verstärkten Einrichtungen in Wirksamkeit treten.“

Mit Verlaub, ihr Herren, so hat die Geschichte nicht gedeutet! Nach 7 1/2wöchentlichem Kampf mußte die Betriebsleitung sich dazu bequemen, den Stundenlohn von 25 Pf. auf 30 Pf. zu erhöhen, was auch in einzelnen Abteilungen den Arbeiterlohn um ca. 10 Prozent zu erhöhen. Auch vermachte die Betriebsleitung, innerhalb 14 Tagen sämtliche Leute wieder einzustellen. Ist das einen Streik erfolgreich abgeschlossen? Wann wünschen wir den Unternehmern recht viele solcher „Erfolge“. Die Arbeitswilligen verschwand innerhalb 14 Tagen aus dem Betriebe und an ihre Stelle traten die Streikenden.

So endete der Kampf! — An anderer Stelle des Berichts stimmen die Herren Zementindustriellen ein Klage über an, daß ihnen nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Es heißt da:

„Der Arbeitermangel war auch in diesem Jahre recht spürbar. Es haben sich zwar im Laufe des Berichtsjahres einige Mängel Arbeiter gemeldet, aber sie arbeiteten meist nur wenige Tage und zogen dann wieder ab. Ohne die ausländischen Arbeiter, denen ebenso wie den einheimischen höhere Löhne gezahlt werden mußten, wäre es nicht möglich gewesen, den vollen Betrieb aufrecht zu erhalten.“

Die Herren Zementindustriellen drauchten gewiß nicht über Arbeitermangel zu klagen, wenn sie sich daran gewöhnten würden, höheren Lohn zu bezahlen. Stundenlöhne von 22—30 Pf. sind keine angemessene Vergütung für die samstägliche Arbeit, die die Arbeiter in den Zementfabriken zu betreiben haben.

Gestrichelte Bauern, die in der Nähe einer Zementfabrik ihr Gartenland hatten, beschwerten sich bei ihrer Regierung darüber, daß ihnen durch den unversorglichen Zementfabrik die Obstbäume vernichtet würden. Dabei läßt sich erkennen, wie es da erst in dem Körper eines Arbeiters aussieht muß, der mehrere Jahre in den Giftstoffen gearbeitet hat!

Ausländische Arbeiter holte man heran, um sie gegen einheimische Arbeiter auszuspielen. In demselben Augenblick klagt man über die ausländische, besonders belgische Konkurrenz, und versucht den belgischen Zement als nicht brauchbar hinzustellen. Man sieht, die Herren Zementindustriellen haben was von den Agrariern gelernt! Billige ausländische Arbeiter, aber Verbot von Import ausländischer Konkurrenzware.

Von der Ziegelindustrie wird berichtet, daß im allgemeinen die Arbeits- und Tagelöhne gestiegen wären. Es wäre interessant zu erfahren, auf welcher Stütze diese Ziegel? Wie wird auch unterrichtet, müssen aber das Gegenteil konstatieren.

Die Kalkbrennereien sind mit dem verfallenen Geschäftsjahr zufrieden. (Das glauben wir!) Doch auch diese Betriebe stimmen in den Klagegesang über den Mangel an genügend Arbeitskräften mit ein. Auch die Kalkbrennereien wollen es zu tun gewesen sein, Arbeitskräfte vom Ausland heranzuholen wegen Mangel an heimischen Arbeitskräften! Man hat Mühen und Galgier beschäftigt, aber trotz der „hohen“ Löhne hat auch diese Menschen kontraktbrüchig geworden. Wenn diese beschriebenen Arbeiter schon kontraktbrüchig geworden sind, so kann man sich ungefähr ein Bild machen von den Zuständen in den Kalkbrennereien. Für jeden einzelnen Ausländer mußte man bis zu 50 Mk. pro Tag an den Vermittler zahlen.

Aufgabe der Arbeiter, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, ist es, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Das können sie aber nur mit Hilfe ihrer Organisation, des Fabrikarbeiterverbandes. Zeit wäre es!

Wann kann auch der Vorsteher der Kaufmannschaft in seinem jährlichen Geschäftsbericht wahrheitsgemäß von einem allgemeinen Steigen der Löhne berichten, und auch die Klage über den einheimischen Arbeitermangel wird ausfallen.

Wie lange wollen unsere Kollegen in den Stettiner Betrieben sich noch die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gefallen lassen?

— Verhelfsstrafen für kontraktbrüchige Arbeiter.

Welche Auswüchse die Unverschämtheit der Ziegelarbeiter mitunter zeitigt, zeigt uns eine Anfrage, die in der letzten Vorstands- und Ausschussung des Verbandes deutscher Zementarbeiter von einem Mitgliede des betreffenden Verbandes zur Beantwortung vorlag. Welche Schritte sind zu tun, um eine wirksame Verhelfsstrafe für kontraktbrüchige Arbeiter herbeizuführen? So lautet die Anfrage der betreffenden Zementarbeiter. Die Einführung der berühmten preussischen Gesetzeordnung für die Ziegelarbeiter, die dem „Bauern“ gestattet, seinen „Knecht“ als rechtlosen Sklaven zu behandeln, mag da dem biederen Fragesteller wohl als Ideal vorgekommen haben. Als Lohnsklaven wurden die Ziegelarbeiter ja schon von jeher betrachtet und auch behandelt, sie hatten aber bis jetzt immer noch die eine Möglichkeit, das unternehmerherrliche Joch, wenn es ihnen gar zu drückend wurde, abzuschütteln und in die goldene Freiheit zurückzukehren, wenn auch oft genug unter Zurücklassung ihres sauren verdienten Lohnes. Diesen einzigen Ausweg abzuschneiden und so die Ziegelarbeiter in tiefer Knechtschaft zu erhalten, das ist, wie aus der Anfrage hervorgeht, der glühende Wunsch der Ziegelgewaltigen. Diejenigen Arbeiter, die sich ohne Innehaltung der Kündigungsfrist oder des Kontraktes, der oft unerschütterlichen Schinderei und unerbittlichen Verhöhnung zu entziehen suchen, sollen mit Gefängnis bestraft werden. Es wundert uns nur, daß nicht auch die Einführung der Prügelstrafe verlangt wurde. Doch gibt es auch schon Ziegelern, in denen diese Art ist. Erst vor einigen Tagen war es an der Unterelbe ein Fall mitgeteilt, wo ein Ziegelarbeiter, als er nach je 3 wöchiger Arbeit seinen Lohn verlangte, statt dessen von dem Meister eine Tracht Prügel erhielt.

Im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit wäre aber die Einführung von wirksamen Verhelfsstrafen für kontraktbrüchige Ziegelarbeiter und Meister noch viel eher geboten. Aber auch hier gilt selbstverständlich der Grundsatz, wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe. Daß der Fragesteller mit seinem Wunsch nicht allein steht, beweist die Beantwortung seiner Anfrage. Diese lautet nämlich folgendermaßen: „Die Versammlung Vorstand und Ausschuss des Verbandes deutscher Zementarbeiter. D. Med.) beschloß, dem Fragesteller mitzuteilen, daß bei der heutigen Konvention des Reichstages nicht die geringste Aussicht ist, ein Gesetz zu erlangen, durch das kontraktbrüchige industrielle Arbeiter mit Verhelfsstrafen belegt werden können.“ Der Gram, daß der Reichstag nicht so zusammengekommen ist, um die Arbeiterhaft gesetzlich noch mehr ins Leben zu führen, kommt durch diese Heilen demüthig zum Ausdruck. Diese Anfrage und diese Beantwortung sind geeignet, auch dem letzten Ziegelarbeiter die Augen zu öffnen, ihm zu zeigen, wohin die Reise geht und gehen würde, wenn die Arbeiter anderer Berufe die Schmach ebenso tief fügen hätten wie die Mehrzahl der Ziegelarbeiter. Für sie kann es aber nur die eine Lösung geben: Gehen in den Fabrikarbeiterverband, nur dort ist es ihnen möglich, sich vor aller Ausbeutung und Unterdrückung zu schützen.

— Wohlfahrtsplage.

In Wolgast hat der Zementgewaltige Quistorp anlässlich des dort seit einigen Wochen bestehenden Kampfes am Sonnabend, dem 20. Juni, 37 Arbeiterfamilien rücksichtslos aus den Werkwohnungen verjagt, und sie ohne Erdarman auf die Straße gesetzt. Das ist die „christliche Wohltätigkeit“ des frommen Herrn Quistorp. Sie wird in der Praxis zur Wohlfahrtsplage. Die „Wohlfahrtsinstitution“ der Arbeiterwohnungen war ihm lediglich ein Mittel zum Zweck der Ausbeutung der Lohnsklaven, wie das ja mit den Wohlfahrtsinstitutionen der Unternehmer immer der Fall ist. Nachdem Militär und Gendarmerie vergeblich auf die Streikenden gehei, glaubt der fromme Herr wohl durch diese neue Aktion die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Die Arbeiter werden aber trotz aller Drangsalen nicht zu Kreuz kriechen und sich Brot und Recht mit Zähnen und Nägeln zu erkämpfen wissen. Allen Arbeitern aber muß das eine Warnung sein, sich nicht durch solche Wohlfahrtsinstitutionen locken zu lassen, die für sie gleichbedeutend sind mit der Anlegung einer Zwangsjacke. Nicht Arbeiterwohlthätigkeit, sondern Arbeiterrechte, das sei unsere Forderung.

— Reinknecht.

Streik in der hiesigen Ziegelerei. Solange der jetzige Pächter, Herr Willi Heuer, die hiesige Ziegelerei als Unternehmer verwaltet, bestehen auch Differenzen zwischen ihm und den Arbeitern. In den Wochen vor Ostern hatten die dort beschäftigten Arbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit im Monat 12 bis 14 Mk. verdient. Einzelne Kollegen, sowie auch Kollege Schindel als Organisationsleiter wurden um Auslieferung der Löhne vorläufig mit dem Erfolg, daß drei Verbandskollegen sofort entlassen wurden. Auf Grund dieser Maßnahmen legten fast alle Arbeiter die Arbeit nieder, was Herr Heuer wohl nicht vernunet hatte. Er erklärte sich denn auch bereit, gezwungen durch das einmütige Zutratmenhalten der Arbeiter, die beiden Entlassenen wieder einzustellen, und einen Stundenlohn von 20 Pf. einzuführen, solange im Monat nicht mehr verdient werden könne. Um nun in Zukunft Lohnforderungen zu vermeiden, suchte er den Verdienst der Arbeiter noch weiter zu heben, aber nicht etwa durch eine weitere Verbesserung der Löhne, sondern durch Verlängerung der Arbeitszeit. Zuerst wurde die 11stündige und dann die 12stündige Arbeitszeit eingeführt. Im Bewußtsein, daß sich die Arbeiter diese Verhelfsleistung auf die Dauer nicht bieten lassen, suchte er gleichzeitig ausländische Arbeiter heranzuziehen. Es gelang ihm denn auch, 8 Polen und Galizier einzuführen. Unseren Kollegen war es jedoch möglich, sich mit ihnen zu verständigen, jedoch am Freitag, dem 19. Juni, eine gemeinsame Betriebsversammlung stattfinden konnte, in der die zehnstündige Arbeitszeit und ein Lohn von 4—4,50 Mk. pro Tag zur Forderung erhoben wurde. Diese Forderung wurde am Sonnabend dem Unternehmer unterbreitet. Als Antwort erhielten die hiesigen Kollegen ihre Entlassung. Den ausländischen Arbeitern wurde der geforderte Lohn versprochen, aber nur bei 12stündiger Arbeitszeit. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes kam am Montag der Bruder des Herrn Heuer, der in Seeligen bei Stakfurt ebenfalls eine Ziegelerei besitzt, mit acht Exemplaren seiner Arbeiter herangeeilt. Zwei Krantportre Arbeitswilliger, die unter Verhelfsleistung solcher Leuten über Deckungen hergestellt wurden, konnten durch die Wachsamkeit der Kollegen wieder abgeschoben werden. Ob es Herrn Heuer gelingen wird, den Betrieb mit den jetzigen Elementen aufrecht zu erhalten, ist zu bezweifeln. Sicher ist, daß sie ihm ein schönes Stück Geld mehr kosten, als wenn er die Forderungen der hiesigen Arbeiter bewilligt hätte. Jedenfalls hat er Gelegenheit, durch Erfahrung Aug zu werden. Wenn Herr Heuer aber glaubt, mit Hilfe der ausländischen Arbeiter die einheimischen Niederknappeln zu können, so wird ihn die Zeit lehren, daß er sich auf dem falschen Wege befindet. Von Solidaritätsgesühl durchdrungen, sehen die Streikenden mit Freude dem Ausgang des Kampfes entgegen.

— Themas a. d. W.

Östpreussische Zustände konnte man mit Recht die Verhältnisse in der Herrschigen Dampfzettelerei, G. m. b. H., bezeichnen, wenn Themas nicht in Thüringen läge. Denn solche Zustände kann man nur noch in solchen Betrieben treffen, wo das Licht der Organisation noch nicht hingedrungen ist. Der Lohn ist in Anbetracht der Lebensmittelpreise, und der Arbeitsleistung ist ganz erbärmlich zu bezeichnen. Für 25 Pf. pro Stunde müssen die Arbeiter ihre Gesundheit opfern, und da wagt es die Firma noch, von „hohen“ Löhnen zu sprechen. Fortgesetzt werden in verschiedenen Betrieben Arbeiter gegen „hohen Lohn“ gesucht. Was man so hier hohen Lohn nennt, kann aber nur durch die vielen Ueberstunden erreicht werden. Aber auch die Behandlung läßt manches zu wünschen übrig. Besonders der neu eingetretene Meister ist eifrig bemüht, seine Kenntnisse in der Biologie an den Mann zu bringen. Gies, Kamel, Hinddieh, Salzwitz sind die geäußerten Namen.

mit denen die Arbeiter belegt werden. Auch an Puffen, Stöcken und Androhung von Prügel fehlt es nicht. Herr Herter dagegen verkehrt mit den Arbeitern schon etwas freundschaftlicher. Er sieht mit einer Anzahl Jäger auf dem Duzfuß. Allerdings würde es einem Arbeiter über zu stehen kommen, wenn er es etwa wagen sollte, mit gleicher Freundschaft zu quittieren. Mit den sanitären Einrichtungen sieht es ebenfalls nicht besser aus. Besonders ist es die Abortanlage, die einer Verbesserung sehr bedürftig ist. Bei Regenwetter wird nämlich der ganze Hof davon überflutet und so die Luft der Umgegend verpestet. Hier wäre für den Gewerbeinspektor ein dankbares Tätigkeitsfeld. Auch an der Kinderausbeutung mangelt es nicht. So werden zurzeit Kinder unter 14 Jahren volle 11 Stunden beschäftigt. Ja, sogar zur Dienarbeit in heißer, staubgeschwängelter Luft, die schon für die erwachsenen Arbeiter eine schwere Schädigung ihrer Gesundheit bildet, werden Kinder herangezogen. Damit die Arbeiter an den Betrieb gefesselt sind und nicht so leicht den Staub dieses Dorados von ihren Füßen schütteln können, werden ihnen wöchentlich 50 Pf. vom Lohn einbehalten. Wenn schon solche Fesseln notwendig sind, die den Arbeiter in seiner Freizügigkeit hemmen sollen, so läßt das erkennen, wie sehr die Arbeitsverhältnisse einer Verbesserung bedürftig sind. Diese Verbesserung erringen zu helfen durch äußere und innere Ausbau unserer Organisation, ist die Ehrenpflicht eines jeden Biegeleiarbeiters.

Streits und Lohnbewegungen.

Gästrow. Im hiesigen Stahlwerk legten am 24. Juni sämtliche Beschäftigten die Arbeit nieder. Anlaß des Ausstandes war die Maßregelung des Vertrauensmannes Wabe. Verhandlungen, die von den Vertretern des Metallarbeiterverbandes, sowie unserer Organisation angebahnt wurden, verliefen resultatlos.

Lambach. Eine Aufbesserung der Arbeitslöhne und des Tagelohnes, sowie einen Zuschlag von 5 Pfg. pro Ueberstunde erzielten nach zweimonatlichem Kampfe die Kollegen und Kolleginnen der Firma H. Gopl. Am Montag, dem 22., wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Konferenz der fränkischen Zahlstellen.

Am Sonntag, dem 17. Mai 08 tagte in Fürth i. B. eine Konferenz der fränkischen Zahlstellen. Vertreten waren die Zahlstellen Nürnberg, Fürth, Lauf, Schwabach, Erlangen, Ansbach und Rothenburg durch 17 Delegierte, welche über 4000 Mitglieder vertraten. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht der Delegierten,
2. Bericht der Agitationskommission,
3. Nominierung eines Kandidaten für den 39. Wahlkreis zum Verbandstag,
4. Kassensführung.

Die Berichte der Delegierten ergaben, daß der Mitgliederstand seit der letzten Konferenz bedeutend gestiegen ist. Ferner wurde aber durch alle Delegierten bemängelt, daß in Punkto Agitation viel mehr gethoben müßte, denn es wäre besonders noch ein sehr großes Agitationsgebiet in Ziegelm- und chemischen Fabriken zu bearbeiten, was selbstverständlich bei den gegenwärtigen Agitationskräften unmöglich ist. Die Delegierten sprechen den Wunsch aus, daß der kommende Verbandstag in diesem Punkte Remedur schaffen wird, indem der Gau Bayern in zwei Gauen, Süd- und Nordbayern, geteilt und ein weiterer Gauleiter ange stellt wird.

Weiter wurde bemängelt, daß von Seiten des Hauptvorstandes viel zu wenig Agitationsmaterial an die Zahlstellen geliefert wird. Der Hauptvorstand sollte nicht so knauserig sein und in Zukunft mehr Augenmerk auf diesen Punkte richten.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Koch-Fürth den Bericht der Agitationskommission. Derselbe ist natürlich nicht zur Zufriedenheit der Delegierten ausgefallen. Soweit es der Agitationskommission möglich gewesen ist, sich den einzelnen Zahlstellen zur Verfügung zu stellen, ist es auch geschehen. Es wurde in der Diskussion hervorgehoben, ebenso wie beim 1. Punkt der Tagesordnung, daß zu wenig Agitationskräfte vorhanden sind. Es wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß die Gauklasse die Agitationskommission unterstützen müsse.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung, Nominierung eines Kandidaten, entspann sich eine sehr lebhaft Debatte. Es wurde besonders die ungerade Wahlkreisinteilung des 39. Wahlkreises scharf kritisiert. Nach längerer Debatte wurde jeder Zahlstelle die Aufstellung eines Kandidaten überlassen.

Punkt 4 der Tagesordnung mußte wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Konferenz verschoben werden. Als nächster Tagungsort der Konferenz wurde Schwabach bestimmt.

Hierauf schloß der Vorsitzende, Kollege Koch aus Fürth, mit einem Appell an die Delegierten, in Zukunft rege zu arbeiten und zu agitieren, um den letzten Subsidienten dem Verbande zuzuführen.

Nach Abschluß der Redaktion. Die Aufnahme des vorstehenden Berichtes war von der Redaktion abgelehnt worden, weil kein Verbandstagabschluß solche Konferenzen nach und nicht vor dem Verbandstag abgehalten werden sollen, dann aber auch, weil der Inhalt aus allgemeinen Redewendungen besteht und, wenn man von der Forderung eines zweiten Gauleiters für Bayern abliest, keinen einzigen greifbaren Vorschlag enthält. Die Pressekommision hat aber auf eingeleitete Beschwerden beschlossen, daß der Abdruck erfolgen soll. Wir kommen dem Beschlusse hiermit nach und unterbreiten den Mitgliedern die wünschenswerte Aufgabe, daß im Bereich der fränkischen Zahlstellen bisher „zu wenig geschehen“ und daß in Zukunft „mehr geschehen“ soll. Ueber das Wie und Was zu tun, hat die Konferenz wahrscheinlich nicht Zeit gehabt. Hoffentlich erscheinen wir das zu gelegener Zeit, denn das ist wichtiger als der ganze Bericht.

Korrespondenzen.

Bauerberg (Düsseldorf). Aus dem Bauerberger Dorf- und Arbeiterklub. Am Sonntag, dem 31. Mai, war für die Arbeiter und Arbeiterinnen des Dorfes und Arbeiterinnen eine Versammlung abgehalten, zu der fast sämtliche Kollegen und Kolleginnen erschienen waren. Kollege Lauscher sprach über den Wert der Organisation. Die notwendigste es war, daß die Organisation auch hier ihre Aufgaben ausfüllen, was aus nachstehendem hervorgeht: Die Arbeiter in Bauerberg spotten jeder Beschäftigung. Das geht nicht, die Dichtung selbst. Befindet sich doch schon die Zugangsstraße von Bauerberg her in einer unglücklich verschuldeten Verfassung, wahrscheinlich um jeden Lebenshauch davon abzuhalten. Einmal in die herrschenden Zustände zu nehmen, während das Bauen des andern Tages, der zum Werke führt, verboten ist. Wenn man sich endlich durch Guben und Staben durchgearbeitet hat und man will dann seinen Lohn haben, so hat man die Wahl zwischen gelbem, grauem, grauem oder schwarzem weissem Lohnschwarz. Das letzte wird von den Frauen vorgezogen zum Lohnen benutzt, weil es näher bei der Hand ist. Bezugsnehmend dabei ist aber, daß die Arbeiter zur Unterhaltung und Amusement der Schwimmbäder Wasserleitung von gutem Wasser durch den sogenannten Bierpilsnais liefern müssen. Der Sanitätsinspektor muß an die Abwasserreinigung 26 Pfg. für den Liter zahlen, den gleichen Liter aber an die Arbeiter um 24 Pfg. abgeben. Welchen Zweck hat da wohl das Bier umzuschütten? Die Reinigungsanstalten sind die besten sanitären Lage, damit sie mit Zehntausenden ansteigende Holzbohlen, eine Frachtkiste für Bayern, das sind die Wohnungen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Von der Feuergefährlichkeit ganz abgesehen, sind diese Baracken auch noch dazu überfüllt, daß beispielweise mehrere Lohse zwischen nachts unwillkürliche Zeichen einer Entzündung zeigen können. Die Arbeit ist, was Mangelhaftigkeit und Schmutz anlangt, einzig dastehend. Von der Behandlung der Leute und dem höchsten Entschleunigen wollen wir vorläufig nicht sprechen. Das zu regeln wird Aufgabe der Organisation sein. Ganz aber abgesehen von nicht verstanden, nämlich die Fabrikarbeiten für Arbeiter zu erhalten, einmal in das Dorf der Dorf- und Arbeiterklub einzubringen und dort nach dem Rechten zu

sehen. Die bestehende Arbeitsordnung dürfte dabei ebenfalls einer gründlichen Revision zu unterziehen sein. Den Kollegen und Kolleginnen aber rufen wir zu: Schließt die Reihen und es wird besser!

Frankfurt a. M. In der Chemin-Fabrik von Zimmer & Komp. feierte der Direktor Keller sein 25-jähriges Jubiläum. Eine Anzahl Arbeiter, die alle schon 20 bis 25 Jahre im Betriebe sind, haben es für notwendig befunden, dem Herrn Direktor anlässlich seines Jubiläums eine Ehrung auszuweisen zu lassen. Jeder ältere Arbeiter, die andern wurden nicht für würdig befunden, zeichneten 3,60 Mk., gerade so viel wie den Tagelohn, den ein Arbeiter, der 20 bis 25 Jahre im Betrieb tätig ist, erhält. Es wurde beschlossen, ein Ehrendiplom anfertigen zu lassen, auf welchem die Namen aller zwanzig Getreuen vereinigt werden sollen, damit wenigstens die Nachwelt lesen kann, daß es auch im zwanzigsten Jahrhundert trotz Verdrängung, niedriger Löhne und hoher Lebensmittelpreise getreue Arbeiter gibt, die ihr Joß mit Geduld tragen und schließlich auch noch die Rute küssen, mit der sie geprügelt werden. Zwanzig Jahre und darüber haben diese Arbeiter für das Kapital gefrondet bei einem Tagelohn von 1,80 bis 2,30 Mk. für männliche Arbeiter, so hoch war nämlich der Lohn bis vor wenigen Jahren. Kein Wunder, wenn das Verdünnen der Zimmer & Komp. ins Märchenhafte gemachen ist. Bei der gegenwärtigen Leistung von 3,60 bis 3,80 Mk. und dennoch einen Tagelohn opfern für ein Diplom, das muß ja die Direktion geradezu auf den Gedanken bringen, daß die Löhne noch zu hoch sind.

Der Herr Direktor war denn auch sehr gerührt von der Serbilität seiner alten Arbeiter und ließ jedem der zwanzig Ehrentafeln 12 Flaschen Wein und eine Kiste Zigarren ins Haus senden. Es sollen einige der Arbeiter Magenbeschwerden bekommen haben, da dieselben in ihrem Leben noch nicht in die Lage gekommen sind, Wein zu trinken, denn dazu hat der Lohn von 1,80 bis 2,30 Mk. nicht ausgereicht. Wären wir die Arbeiter angegangen, auch nur 50 Pfg. für ihre Zurechtweisung der Organisation zu leisten, dann wären die Getreuen mit hundert Ausflüchten dagewejen. Ja, der Unersand der Massen...

Frankfurt a. M. Griesheim. Auch in der Chemischen Fabrik Griesheim hat die Krisis ihren Einzug gehalten, das merken die Arbeiter an den Lohnabzügen und der brutalen Behandlung, die sie sich gefallen lassen müssen. Wir sagen in äffen, denn tatsächlich sind die Arbeiter hiergegen ohnmächtig, so lange dieselben der Organisation nicht beitreten. Niemals rächt sich die Saumfälligkeit und Gleichgültigkeit mehr als in Zeiten der Krisis. Am meisten haben die Arbeiter in der Abteilung Anilin unter diesem Druck zu leiden. Der Aufseher Hinz im Raum Binitro, der erst kürzlich zu diesem Posten erhoben worden ist, treibt es am schlimmsten. Titulationen wie „Dresdner“, „geh her, ich hau dir aufs Maul“ usw. sind nur kleine Proben seines Bildungsgrades. Um die 14 Prozent Dividende trotz Krisis im laufenden Geschäftsjahr zu erhalten, werden in den meisten Räumen Abzüge gemacht. Die Hypothek von 10 Mk. werden nicht mehr ausbezahlt, die Arbeiter werden in andre Räume verlegt und zugleich Lohnabzüge von 40 bis 50 Pfg. pro Tag vorgenommen. Nach den von uns zuletzt berichteten Unfällen im Binitro sind schon wieder zwei weitere vorgekommen. Zwei Arbeiter, die im Binitro arbeiteten, belamen starkes Erbrechen, was auf Vergiftung schließen läßt; der eine Arbeiter ist nach kurzer Zeit im Raume umgefallen und war schon ganz schwarz, so daß derselbe von zwei Aufseheren aus dem Raume getragen werden mußte und in ärztliche Behandlung kam.

Die Antreiber wird aber unter den Kollegen selbst ausgezogen; bei den niedrigen Löhnen wollen die Arbeiter möglichst verdienen, deshalb steigen die Arbeiter ihre Arbeitsleistung. Es ist hohe Zeit, daß sich die Arbeiter der Chemischen Fabrik Griesheim aufraffen und sich der Organisation anschließen, damit solche mögliche Zustände beseitigt werden können. Also hinein in die Organisation!

Säeneburg. Unternehmerterrorismus. Die Arbeiter der hiesigen Zementfabrik stellten vor einigen Wochen die Arbeit ein, weil die Direktion sich weigerte, den beschiedenen Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Da die streikenden Kollegen sich nun nicht sonderlich nach dem Zement-Edorado zurücksehnten, suchten sie sich andre Arbeit. Darüber ist nun die Leitung der Zementfabrik wütend und sie versucht mit allen Mitteln, die Kollegen wieder außer Arbeit zu bringen. In einigen Fällen ist ihr das auch gelungen. Uns liegen einige Abgangszeugnisse vor, die folgenden Wortlaut haben:

Der Arbeiter... hier selbst hat, da ich keine andere Arbeiter erhalten konnte, zwei Wochen in Arbeit bei mir gestanden.

Schwerste Strafe dem, der andre an freiwilliger Arbeit hindert! hat bekanntlich der deutsche Kaiser einmal gesagt. Die Direktion der Zementfabrik macht ja in „Patriotismus“ und gehört mit zu den „Stützen des Throns“; wie kommt es da, daß sie das Kaiserwort so mißachtet? Ja ja, vor dem Profit macht der Patriotismus halt! Schade wird die Firma den Arbeitern nicht viel. Sie werden andre Arbeit erhalten und nicht zu den Fleischwippen der Zementfabrik zurückkehren. Der ohnmächtige Zorn der Fabrikverwaltung löst bei den Arbeitern nur Heiterkeit aus.

Regensburg. Die am 31. Mai abgehaltene Versammlung der Torfarbeiter in Regensburg, in welcher Kollege Lauscher über von Jura und Kugen der Organisation sprach, war sehr gut besucht. Kollege Lauscher erläuterte die Unterstützungsanstaltungen des Verbandes und führte mit Recht aus, daß man es den Unternehmern zeigen müsse, daß die Arbeiter auch eine Macht bilden und daß das Solidaritätsgefühl ein Faktor ist, mit dem die Unternehmer rechnen müssen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Lauscher das Wort und ging mit den Mitgliedern der hiesigen Fabrik ins Gericht. In dem Kolzwerk ist nicht einmal Trinkwasser vorhanden, die Arbeiter werden also förmlich gezwungen, Bier zu trinken, da das Wasser von der vorbeifließenden Bräuh nicht zum Trinken oder Kochen geeignet ist. Ferner sieht es mit den Wohnungen und Abortverhältnissen sehr traurig aus. Diese und noch viele andre Mängel können nur abgehaßt werden, wenn sich sämtliche Arbeiter organisieren. Erst dann kann der Arbeiterentscheid mit der Direktion ein ernstes Wortlein sprechen. Darum rufen wir den Arbeitern des hiesigen Betriebes zu: Organisiert euch, denn ohne Organisation kein Erfolg!

Regensburg. In wenigen Teilen Deutschlands wird der Kampf zwischen freien und christlichen Gewerkschaften so erbittert geführt wie in der Oberpfalz. Die Drohung der Zentrumsdemagogen, daß die Oberpfalz für immer das Jagdgebiet der christlichen Arbeitergepöhlener bleiben solle, hat sich allerdings nicht bewahrheitet, aber es wird von den Christlichen großer Eifer entfaltet, um den freien Gewerkschaften das Wasser abzugraben. Zu diesem Zwecke hat man ein ganzes Stübel von Sekretären hierher geschickt, die meist von katholischen Volkselementen ausgehoben werden, um bereit mit der Kirche alles daran zu setzen, die am stärksten stehende Arbeiterbewegung niederzuhalten. Kanzel und Beichtstuhl sind hierzu willkommene Einrichtungen. Trotz zahlreicher Anfeindung von Industrie und auswärtigen Arbeitern erfolgen, da die Oberpfalz noch eine große Masse von Arbeitern und Kleingütern als Industriearbeiter stellen kann. Diese Aufgabe kommt naturgemäß mehr den Christlichen als uns zugute. Das Bauerwort Organisation hat eine große Schär Arbeiter in Bewegung gesetzt, und es kommt daher nicht selten vor, daß die christlichen Führer in unsere Versammlung kommen und beschimpfen, mit dem religiösen Schwanz die Arbeiter wippen zu machen. Von diesem Gedanken und den Herren auch am 21. Juni ausgegangen sein, als sie unsere Versammlung in Gollinghofen bei Regensburg besuchten, in der Kollege Gagen über die Arbeiterverhältnisse der Ziegelfabrik sprach. Als „Retter in der Not“ waren der Sekretär Daininger, der erst von Augsburg nach hier überredet, und die bekannten Herren Rauch und Mühlbauer erschienen. Ersterer pöhlerte im großen und ganzen dem Referenten bei, nur machte ihm das Flugblatt, das der Fabrikarbeiter-Verband in Tausenden von Exemplaren in der Oberpfalz verbreitete, viel Kopfweh. Im übrigen blieb er sachlich und zeigte sich

als anständiger Gegner. Dagegen bewiesen Rauch und Mühlbauer, daß sie in der Arbeiterbewegung nicht geleert und nicht vergessen haben. Mühlbauer war außerdem recht groß und unanständig und hausterte mit saubiden Vagen, so daß es nur der Beschämtheit des Vorsitzenden zu danken war, daß die Verammlung in Ruhe zu Ende geführt werden konnte. Die Kollegen Daininger, Heiber, Striebl, Jöslinger, der Referent und andre gaben den Herren Parteikasse zu und nannten ihnen eine Anzahl bewährter Namen aus dem christlichen Lager, die in der Ziegelfabrik und andern Betrieben nicht nur Arbeiterverrat betrieben, sondern auch Geld vom Unternehmer angenommen haben, um die Arbeiter zu verkaufen. Selbst der Vorsitzende vom christlichen Arbeiterverband, Herr Grafmann, ein ehrlich bestreiter Mann, strafte durch seine Ausfährungen den Mühlbauer den Vagen, der dann auch schweigend verschwand. Den christlichen Arbeitern dürfte es nicht schwer geworden sein, ihre wahren Freunde zu erkennen.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1908 haben eingekandt:

Rheinfelden, Kallberg, Kyrb, Traunstein 1. und 2. Quartal 1908, Schmiedeberg b. Halle 1. und 2. Quartal 1908, Hofenwiesfeld, Rudenwalde, Forst 1. und 2. Quartal 1908, Lampert...

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

295 459. Ernst Emil Weiner, eingetreten am 1. Februar 1907.

214 117. Gotthard Kollaczek, eingetreten am 17. März 1907 in Pforzheim.

241 356. Karl Scharf, eingetreten am 24. März 1907 in Friedland.

237 236. Wilhelm Domeyer, eingetreten in Braunschweig.

6 160. Sebastian Rysly, eingetr. am 8. November 1903 in Mundenheim.

12 097. Ferdinand Rohmann, eingetreten am 1. April 1905 in Holzwinden.

Wiedergefunden ist das in der letzten Nummer des „Proletariats“ als verloren veröffentlichte Mitgliedsbuch des Kollegen August Meyer, geb. am 22. Juli 1854 zu Dobrin.

An die Reiseunterstützungs-Ausgähler.

Abzunehmen und der Zahlstelle G. G. H. M. einzuliefern ist das Buch 228 909 auf Namen des Kollegen Heinrich Jesberger aus Friesenheim. Reiseunterstützung darf demselben nicht ausbezahlt werden.

Abzunehmen und dem Vorstand einzuliefern ist das Mitgliedsbuch 141 212 auf Namen des Kollegen August Vertram aus Gronau. Reiseunterstützung darf an den Kollegen nicht ausbezahlt werden.

Ausgeschlossen wegen Streikbruchs sind die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Sebnitz:

213 112, Emil Richter.

222 730, Richard Lehmann.

302 343, Ferdinand Maay.

142 689, Gustav Hillme.

222 738, Max Hartmann.

222 729, Karl Fassold.

Auf Grund § 7 des Statuts:

11 728, Philipp Feld, eingetreten am 7. Mai 1898, und

118 336, Joseph Hekel, eingetreten am 11. Mai 1907 in Frankenthal.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Essen. Das Reisegeld wird ausbezahlt in der Gastwirtschaft von Lauffenberg, Weinfstraße 70.

Germendorf b. Oranienburg. Wilhelm Holz.

Sandsberg a. Warthe. Max Wollermann, Baberstraße 8, l. Et.

Plauenischer Grund. Geschäftsführer Ludwig Werner, Deuben b. Dresden, Auguststraße.

Strasbourg i. Elz. Joseph Camus, Rönigsböfen, Rönigsstraße 16.

Berbst. Franz Möser, Schulstraße 5.

Briefstellen.

Mehrere Briefsteller. Die Agitationsnummer ist begriffen.

Frankfurt a. O. Wie oft soll es denn gesagt werden, daß Ehrenerklärungen im „Proletarier“ nicht aufgenommen werden?

Auschiebung.

Da der bisherige Gauleiter für den Gau 8 seine Kündigung erhalten, wird das Amt eines

Gauvorsitzenden

für das Großherzogtum Hessen und Provinz Hessen-

Rassau, Sitz Frankfurt a. M.,

zur Bewerbung für die Verbandsmitglieder ausgeschrieben.

Bewerber haben eine Schilderung ihres Lebenslaufes sowie ihrer jetzigen Tätigkeit schriftlich einzureichen. Dabei sind Angaben über Tag und Jahr der Geburt und Eintritt in den Verband zu machen.

Während eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen einzuwenden:

1. Wie ist die Agitation unter unsern Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben?

2. Wie hat sich der Gauvorsitzende bei bevorstehenden und ausgebrochenen Arbeitseinstellungen und Ausperrungen zu verhalten?

3. Wie ist die innere Leitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zahlstelle zu gestalten?

4. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle vor?

Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetze haben und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Das Anfangsgeld ist 1800 Mk., jährlich steigend um 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2400 Mk.

Bewerbungen sind bis zum 20. Juli beim Unterzeichneten einzureichen.

Hannover, 29. Juni 1908.

S. A.: August Breh,

Münzstraße 5, 3. Etage links.

Inserate.

Zahlstelle Düren.

Die Mitglieder-Versammlungen

finden jedesmal am zweiten Sonntag im Monat statt [0,75.]

Achtung! Leipzig und Umgegend. Achtung!

Sonntag, den 19. Juli 1908,

im Salon Germania, L.-Sellenhausen:

Grosses Sommer-Fest

bestehend in

Festzug, Konzert, Tombola, Belustigung für jung u. alt.

Anfang 3 Uhr. [Anfang 3 Uhr.]

Sonntag, den 1. August 1908,

im Etablissement „Westendhallen“, L.-Plagwitz:

Grosser Sommernachts-Ball.

Auftreten von erstklassigen Komikern.

Anfang 8 Uhr. [2,40 Mk.] Ende???

Zahlreichem Erscheinen steht entgegen. Das Festkomitee.

Aufforderung.

Der Kollege Joseph Zabotta, früher in Reunkirchen a. S.,

wird ersucht, sofort seine jetzige Adresse zu senden an den Kollegen

Konrad West in Lauf,

Maisenhachstr. 207.

1,05 Mk.]